

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zur Akzeptanzkrise des SED-Regimes: Folgen für die Dialogpolitik?

Seite 1

Wolf-Michael Catenhusen MdB zu den bevorstehenden Gesprächen zwischen NASA und ESA: Planungen für die bemannte Raumfahrt umgehend überprüfen.

Seite 4

Rudolf Scharping MdL zum Tod des früheren rheinland-pfälzischen SPD-Landesvorsitzenden: Trauer um Hugo Brandt.

Seite 5

Dokumentation:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, appellierte am „Tag der Heimat“ an die Funktionäre der Vertriebenenverbände, die europäischen Nachkriegsgrenzen nicht länger in Frage zu stellen und für Frieden und Entspannung einzutreten. Wir dokumentieren seine Rede, die wiederholt gestört wurde, in zwei Teilen. (Teil II und Schluß)

Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

44. Jahrgang / 176

13. September 1989

Folgen für die Dialogpolitik? Zur Akzeptanzkrise des SED-Regimes

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.

Die DDR hat Probleme: Mit ihren sozialistischen Nachbarn und Bruderstaaten, aber insbesondere mit den DDR-Bürgern. Trotz anerkannter Erfolge bei der „Hauptaufgabe“, bei der Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik und trotz guter Ansätze in der Außen- und Friedenspolitik ist es der DDR-Führung offenbar nicht gelungen, Bedingungen zu schaffen, die dem Bürger eine Bleibe-Perspektive bietet. Wenn in diesem Jahr damit gerechnet wird, daß um die 100.000 Bürger ihren Staat legal wie illegal verlassen und die Vermutung auch nur halbwegs zutreffend ist, daß die Zahl der Ausreisewilligen bei etwa einer Million liegt, so muß man davon sprechen, daß das SED-Regime in einer offensichtlichen Akzeptanzkrise steckt. Die Männer um Honecker versuchen Verständnis für ihre schwierige Lage zu finden. Ihre Lage ist deshalb so schwierig, weil die DDR nicht nur besser sein will als die anderen sozialistischen Staaten, sondern auch besser sein muß als die Bundesrepublik.

II.

Das Verständnis für die krisenhafte Lage in der DDR wird dadurch erschwert, daß die SED-Medien die massenhafte Fluchtbewegung nicht als intern verursachtes Problem darstellen, sondern so tun, als sei der Imperialismus wieder einmal für alles verantwortlich, was in der DDR schief geht.

Wer die massenhafte Abwanderung von DDR-Bürgern, die zum Großteil ihre Heimat schweren Herzens verlassen, als das direkte Ergebnis der „psychologischen Kriegsführung des Gegners“ und als „Bestandteil des Kreuzzuges des Imperialismus gegen den Sozialismus“ mißversteht und dieses Mißverständnis offenbar zu seinem Glaubensbekenntnis macht, verspielt leichtfertig die immer noch vorhandene Chance darauf, daß die Bürger bleiben und den Sozialismus in den „Farben der DDR“ mitgestalten.

Wer die westliche Berichterstattung, die durchaus nicht immer frei von Sensationsmache ist, und die insgesamt besonnene Haltung der Bundesregierung als „neuerliche Tobsuchtsanfälle imperialistischer Kräfte der BRD gegen den Sozialismus auf deutschem Boden“ mißversteht, (so: der Rektor der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Professor Kurt Tiedke (ND 6.9.1989, S. 4)), zeigt seine Unfähigkeit, die durch die Fluchtbewegung zu

Ausdruck kommende Problemanzeige als Aufforderung zu inneren Reform zu nutzen. Hier zeigt sich das ganze Dilemma der SED-Führung: Die massenhafte Fluchtbewegung ist nicht das Ergebnis einer generalstabsmäßigen Kampagne der „BRD“ wie behauptet. Vielmehr spiegelt sie die Unfähigkeit der SED-Führung wider, mit angemessenen Mitteln auf ihre sichtbar gewordene Akzeptanzkrise zu reagieren.

III.

Die SED-Führung sollte wissen, daß sie ihre Akzeptanzkrise nicht löst, indem sie ihre hausgemachten Probleme den „Westmedien“ und den vielzitierten „reaktionären“ Politikern im Westen in der Bundesrepublik zuschiebt. Sie löst indes durch ihre These von der externen Verursachung ihrer Probleme etwas anderes aus: Eine deutsch-deutsche Konfrontationssituation, die zu Lasten der Gesamtbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und der diese Beziehungen tragenden Kräfte geht. Statt diese Konfrontationssituation herbeizuschreiben, wie dies das Neue Deutschland und die Junge Welt täglich tun, sollte die SED-Führung eine Reformstrategie aus dem doch eingestandenen Reformbedarf der DDR entwickeln, für diese in der öffentlichen Diskussion werben und Einwände verarbeiten, um so die erheblichen Vertrauensdefizite und die Perspektivlosigkeit in der Bevölkerung der DDR abzubauen und akzeptable Perspektiven anzubieten.

Die Bundesrepublik könnte in diesem Prozeß dabei helfen, insbesondere die materiellen Voraussetzungen für politische Reformen zu schaffen.

IV.

In diesem Zusammenhang wird auch klar, daß es an geeigneten und dauerhaften, vertraulich tagenden grenzüberschreitenden deutsch-deutschen Institutionen fehlt. Dies wird insbesondere auf der staatlichen Ebene deutlich. Anstatt sich sehenden Augens in eine deutsch-deutsche Konfrontation zu bringen, wäre es dringend notwendig, dafür zu sorgen, daß den deutsch-deutschen Beziehungen nicht großer und folgenschwerer Schaden zugefügt wird. Warum gibt es keine deutsch-deutsche Kommission, die etwa folgende Aufgabe hätte:

- Erörterung der Probleme, die die DDR hat und die Folgen für die weitere Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen haben.
- Erörterung von Maßnahmen, die die DDR als für die Ausreisewelle verantwortlich vorschlägt, wobei zu erwarten ist, daß einige dieser Maßnahmen konkretes Handeln auch von der Bundesrepublik verlangen.

Herauskommen müßte ein gemeinsames Ergebnis mit verabredeten Maßnahmen, wenn man so will eine gemeinsame Rezeptur. Wenn man das ganze Unternehmen als deutsch-deutsche Verantwortungsgemeinschaft bezeichnete, käme damit auch zum Ausdruck, daß sich diese nicht nur auf Abrüstung bezieht, sondern auf alle Probleme, die einer allein nicht lösen kann!

V.

Die DDR zu kritisieren, ist einfach. Ihr alles mögliche zu empfehlen, ist nicht nur einfach, sondern gelegentlich auch unpolitisch und unhistorisch. Von ihr zu verlangen, daß sie in etwa so werde wie die Bundesrepublik ist naiv.

Insofern hat Otto Reinhold recht, wenn er sagt, daß die DDR ihre Staatsraison allein aus der Tatsache ableite, eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu sein.

Insofern ist es auch konsequent, daß die DDR-Führung versucht, einen Sozialismus in den „Farben der DDR“ zu entwickeln.

Für dieses Vorhaben hat sie allerdings 40 Jahre Zeit gehabt. Das Ergebnis wird in diesen Tagen vor aller Welt deutlich. DDR-Vertreter sagen: Der Reformbedarf ergibt sich aus dem Land selbst. Ausgehend von diesem richtigen Grundsatz brauchte die DDR-Führung nur bei den Gründen anzusetzen, die die Ausreisenden beziehungsweise Ausreisewilligen nennen und auf die auch die Evangelische Kirche in der DDR ständig hinweist:

- das heißt Widerspruch zwischen veröffentlichter Wirklichkeit und massenhaften Alltagserfahrungen;
- das heißt ein solcher Umgang von Staatsorganen mit Bürgern, der gekennzeichnet ist durch ein Mündelverhältnis beziehungsweise durch die Unmündigkeitsvermutung der Bevölkerung;
- die Sicherheit, reisen zu dürfen ohne ausreisen zu müssen;
- nicht zuletzt bedeutet dies die Aufgabe des Monopolanspruchs der SED-Führung auf letzte Wahrheiten, die jeden Tag durch die Wirklichkeit in der DDR widerlegt werden. „Der Anspruch immer Recht zu haben, macht das Eingeständnis von Fehlern fast zu einer Katastrophe...“ (so in einem Brief des evangelischen Bischofs von Magdeburg, Demke, an sämtliche Pfarrer in der Provinz Sachsen).

Sollte das Einfache so schwierig sein - für die SED-Führung?

VI.

Es kommt auf die SED-Führung an!

Die Art, wie die SED-Führung ihre Akzeptanzkrise bewältigt, hat natürlich auch Folgen für die Fortsetzung und Ergiebigkeit des deutsch-deutschen Dialogs, wie für die deutsch-deutsche Normalisierung.

Die SED-Führung, die sich offenbar nicht einig ist über den Reformbedarf wie über ihre Reformpolitik, hat zugespitzt formuliert die Wahl zwischen zwei Ansätzen:

- Sie schiebt die Verantwortung ihrer hausgemachten Probleme auf „Machenschaften imperialistischer Kräfte der BRD“. Dies bedeutete, daß sie sich weitestgehend exkulpierete. Die unerwünschte Folge: Die Akzeptanzkrise wird größer, die Problemlösungskosten steigen und es besteht die Gefahr, daß eine Situation entsteht, die von der SED-Führung mit entspannungskonformen Mitteln nicht mehr beherrschbar ist.
- Oder die SED-Führung ringt sich zu einer schonungslosen Bestandsaufnahme durch, nennt Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität und wirbt um Vertrauen bei den DDR-Bürgern. Dies erfordert den inneren Dialog. Erwünschte Folge: Der DDR-Bürger erkennt und anerkennt, daß es sich lohnt, im Sozialismus „in den Farben der DDR“ zu arbeiten und zu leben.

Nur im letztgenannten Fall kann die SED-Führung ihre Akzeptanz- und Identitätskrise bewältigen und gute Voraussetzungen für die Fortsetzung eines ergiebigen Dialogs und einer ergebnisorientierten Normalisierungspolitik zwischen beiden deutschen Staaten schaffen.

(-/13.9.1989/vo-he/rs)

Planungen für die bemannte Raumfahrt umgehend überprüfen

Zu den bevorstehenden Gesprächen zwischen NASA und ESA

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Vorsitzender des Ausschusses für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages

In dieser Woche beginnt die amerikanische Weltraumbehörde NASA Gespräche mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Weltraumagentur ESA über das Projekt der gemeinsamen bemannten Raumstation. Grund ist die Entscheidung des amerikanischen Repräsentantenhauses, 20 Prozent der vorgesehenen Mittel im US-Haushalt für den Bau der Raumstation zu kürzen. Mit mindestens vergleichbaren Kürzungen ist für die kommenden Jahre zu rechnen. Nun soll eine „abgemagerte“ Version der internationalen Raumstation durchgesetzt werden, die für das europäische Projekt „Columbus“ erhebliche Schwierigkeiten bringen wird:

- Frühestens im Jahre 2000 soll COLUMBUS an die Raumstation der Amerikaner andockt werden können.
- Die vorgesehene Konzeptänderung soll sogar das Andocken eines freifliegenden bemannten Elements der Europäer, des MTFE, ausschließen.
- Die vorgesehene drastische Einschränkung der Leistung des Energieversorgungssystems wird die Experimentiermöglichkeiten insgesamt drastisch einschränken.

Dazu können in Zukunft statt acht nur noch vier Astronauten auf der Raumstation leben.

Es mehren sich in den USA im politischen Raum die Stimmen, die den aus Prestige Gründen betriebenen raschen Aufbau einer bemannten Infrastruktur im Weltraum infragestellen und fordern, daß auch Großprojekte der Raumfahrt einen konkreten wissenschaftlichen, technologie- oder industriepolitischen Nutzen nachweisen müssen. Soll Westeuropa als letzter den Einstieg in die bemannte Raumfahrt betreiben, während in der Sowjetunion und in den USA der Sinn der bemannten Raumfahrt aufgrund der eigenen Erfahrungen immer stärker angezweifelt wird?

Es zeichnet sich weiterhin aufgrund der bisherigen Arbeiten an der Überprüfung des Konzeptes des europäischen Raumgleiters HERMES die Möglichkeit ab, daß die Einsatzmöglichkeiten dieses Fahrzeuges weiter eingeschränkt werden, ohne daß eine deutliche Erhöhung der Kosten und eine zeitliche Verzögerung des Projektes ausgeschlossen werden kann.

In dieser Situation muß noch in diesem Jahr im Ministerrat der ESA die neue Lage grundsätzlich erörtert werden. Das Ratifizierungsverfahren für den Vertrag der Bundesrepublik Deutschland mit der Regierung der Vereinigten Staaten über den Bau und den Betrieb einer bemannten Raumstation muß ausgesetzt werden. Die Mittel für die Projekte COLUMBUS und HERMES für 1990 müssen im Bundeshaushalt gesperrt werden. Nur so sichern wir uns die - vermutlich letzte - Möglichkeit, in den drastischen Anstieg der Ausgaben für die bemannte Raumfahrt im Forschungshaushalt des Bundes einzugreifen. Selbst Forschungsminister Riesenhuber schließt nicht aus, daß die Ausgaben für Raumfahrtforschung und -technik, die 1990 über 18 Prozent betragen sollen, schon bis 1992 auf bis zu 22 Prozent steigen könnten.

(-/13.9.1989/vo-ha/rs)

* * *

Trauer um Hugo Brandt

Zum Tod des früheren rheinland-pfälzischen SPD-Landesvorsitzenden

Von Rudolf Scharping MdL
Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

Die Sozialdemokratie ist um vieles ärmer geworden. Rheinland-Pfalz muß um einen seiner großen Politiker trauern. Wie viele Menschen in unserem Bundesland habe ich einen lieben Freund, ein großes Vorbild verloren.

Hugo Brandt, erst vor wenigen Wochen 59 Jahre alt geworden, ist tot. Wir neigen in tiefer Trauer den Kopf vor einem Mann, der in der Politik sein Leben lang vieles bewegt hat, und dem sie doch nicht das Alles und Einzige war.

Sein plötzlicher und unerwarteter Tod läßt uns alle schmerzlich erkennen, wie sehr er die SPD in Rheinland-Pfalz verkörpert und sie als moderne Partei geprägt hat, wie sehr er sich die Herzen erobert hatte.

Geboren in Mainz hatte sich Hugo Brandt früh der SPD angeschlossen, war Lehrer und wurde 1969 in den Deutschen Bundestag gewählt, um von dort 1983 in die Landespolitik zu wechseln, die rheinland-pfälzische SPD hatte ihn mit überwältigender Mehrheit zu ihrem Spitzenkandidaten und Landesvorsitzenden gewählt. Nur wenige Jahre blieben dem Politiker in Mainz, wo er sich rasch großen Respekt und Anerkennung erwarb, weil er konsequent seine politische Ziele ansteuerte, aber dabei das Miteinander, die gemeinsame Weiterentwicklung unserer parlamentarischen Demokratie nie aus den Augen verlor. Er konnte hart im Wort sein, aber er hatte auch immer den Ausgleich, das Nebeneinander konkurrierender politischer Ideen im Auge.

1985 war es seine angegriffene Gesundheit, die ihn zum vollständigen Rückzug aus der Politik zwang. Wir alle hatten gehofft, daß er nach diesem Rückzug und nach einer schweren Operation mehr Ruhe und Muse finden würde, daß er uns noch lange mit seinem tiefen Rat zur Seite stehen würde. Wir alle haben uns getäuscht, der plötzliche Tod hat Hugo Brandt mitten aus dem Leben und mitten aus unserer Reihe gerissen. Die Sozialdemokratische Partei blickt in tiefer Trauer auf das Lebenswerk eines hervorragenden Menschen.

(-/13.9.1989/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Walter Momper: Nicht mehr an Grenzen rühren!

(Teil II und Schluß)

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, appellierte am „Tag der Heimat“ an die Funktionäre der Vertriebenenverbände, die europäischen Nachkriegsgrenzen nicht länger in Frage zu stellen und für Frieden und Entspannung einzutreten. Wir dokumentieren seine Rede, die wiederholt gestört wurde, in zwei Teilen.

Mit Interesse habe ich den Äußerungen gelauscht, die auf dem Schlesiertreffen von Teilnehmern vor den Fernsehkameras gegeben wurden. Ein alter Herr sagte, er würde sofort zurückgehen, „wenn die Verhältnisse dort so wären wie hier“. Ja, das glaube ich gern. Aber die Verhältnisse sind nicht so. Eine alte Dame war ähnlich ehrlich mit ihrer Aussage: „Es ist doch nur das Heimweh, das uns hier zusammenführt.“ Sie war so ehrlich wie die beiden jungen Damen, von denen eine bekannte, sie sei bei dem Treffen nur wegen der „Brauchtumpflege“, und die andere wollte auch nicht zurückgehen, denn „ich bin in München geboren, da bin ich zu Hause“.

Da sollen doch, bitteschön, führende Vertriebenenfunktionäre nicht ankommen und Forderungen aufstellen, die den Bedürfnissen der meisten Menschen gar nicht mehr entsprechen, aber immensen politischen Schaden anrichten. Darüber hinaus diskreditieren sie die Aufbauleistungen der Vertriebenenverbände in den 40 Jahren des Bestehens unseres Staates.

Allerdings verstehe ich den Wunsch nach Brauchtumpflege wie auch das Heimweh, das viele zu den Treffen der Vertriebenenverbände fahren läßt. Was Heimat bedeutet, nimmt man erst richtig in der Ferne wahr. Denn was ist sie anderes, als die Sehnsucht nach einer heilen Welt von Kindheit und Jugend, nach einem vertrauten Zuhause, nach Wärme und Geborgenheit?

Diese Heimat ist durch den Nationalsozialismus zerstört worden, weil die Heimatliebe vieler Menschen so schändlich mißbraucht wurde. Was blieb, war ein Wort, das leicht antiquiert wirkte. Wer von Heimat sprach, geriet damals leicht in den Ruf, nicht mehr mit der Zeit zu gehen, ein wenig hinterwäldlerisch zu sein, oder aber revanchistisches Gedankengut im Kopf zu haben.

Wenn wir heute von „Heimat“ reden, verstehen wir darunter sehr verschiedenes. Heimat war für die Vertriebenen und Flüchtlinge in der unmittelbaren Nachkriegszeit etwas anderes als für diejenigen, die heute zu uns kommen. Wiederum etwas anderes ist sie für die Menschen, die schon immer hier lebten oder hier seit langem ihre Heimat gefunden haben.

Heimatliebe findet heute auch ihren Ausdruck im Kampf gegen die Vernichtung der Umwelt, gegen Wasser-, Boden- und Luftverseuchung, im Kampf gegen Giftgasdepots und Raketen! Ich frage ganz bewußt: Welche Heimat schützt eigentlich eine Rakete, die zum Beispiel im Schwäbischen stationiert ist, deren Zielort aber vielleicht bei Liegnitz liegt?

Auch deshalb appelliere ich an Sie, lassen Sie uns nicht mehr an den Grenzen rühren. Lassen Sie uns mitwirken am Prozeß der Abrüstung und der Vertrauensbildung, an der Schaffung einer gesamt-europäischen Friedensordnung. Wenn es einmal ein einiges Europa gibt, dann verlieren die Grenzen ihre Bedeutung, werden sie zu geschichtlichen Relikten. Wir wollen, daß die Menschen zueinander kommen, deshalb wollen wir auch die Grenzen abbauen. Aber wir schaffen genau das Gegenteil, wenn wir uns auf immer neue Grenzdiskussionen einlassen und damit Verunsicherungen bei unseren Nachbarn erzeugen, bei denen im Osten und auch im Westen.

Lassen Sie uns gemeinsam die Folgen des Zweiten Weltkrieges beseitigen beim Aufbau einer Heimat Europa, in deren geographischer Mitte wir liegen. Die Aufgaben, die dabei unserer harren, sind gewaltig genug und erfordern unsere gemeinsamen Kräfte, die wir nicht gegeneinander verschwenden dürfen.

(-/13.9.1989/va-he/rs)